

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 87 (2007)
Heft: 1-2

Buchbesprechung: Sachbuch

Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sachbuch

Kirsten Mensch & Jan C. Schmidt (Hrsg.)
Technik und Demokratie

Opladen: leske + budrich, 2003

Alexander Bogner & Helge Torgersen (Hrsg.)
Wozu Experten?

Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften,
 2005

Gemäss dem (notabene lesenswerten) EU-Weissbuch «Europäisches Regieren» von 2001 ist «das Vertrauen der Öffentlichkeit in die expertengestützte Politikgestaltung erschüttert». Dennoch ist wissenschaftliche Expertise nach wie vor die wichtigste Ressource für die Politik, wenn es um riskante und kontroverse Entscheidungen geht. Widersprüchliche Expertenmeinungen und der oft unklare Stellenwert von Expertisen in der Entscheidungsfindung lassen wissenschaftliche Politikberatung aber selbst zum Politikum werden. Die juristisch-bürokratisch einwandfreie Antwort der EU-Kommission ist denn auch, dass die Konsultation von Expertenwissen nach einem etablierten und allgemein zugänglichen Leitfadenerfolge. Zweifel über die Konsensfähigkeit der wissenschaftlichen und technologischen Zukunftsgestaltung und die Frage nach deren demokratischer Signatur bleiben dennoch bestehen.

Beide der hier zu besprechenden Werke loten auf vielfältige Weise dieses

gemeinhin unter dem Kürzel «Experto-kratie» stehende Spannungsfeld aus. Der Band «Technik und Demokratie» ist aus einer im Jahr 2002 interdisziplinär ausgerichteten öffentlichen Ringvorlesung der Schader-Stiftung und der TU Darmstadt hervorgegangen. Die Auffassungen der im Band versammelten Autoren reichen von «technologischem Determinismus», also einem evolutionären Dominanzmodell der Wissenschaft und ihrer Experten, bis zu einem Gestaltungsmodell der Wissenschaft durch Politik und Gesellschaft.

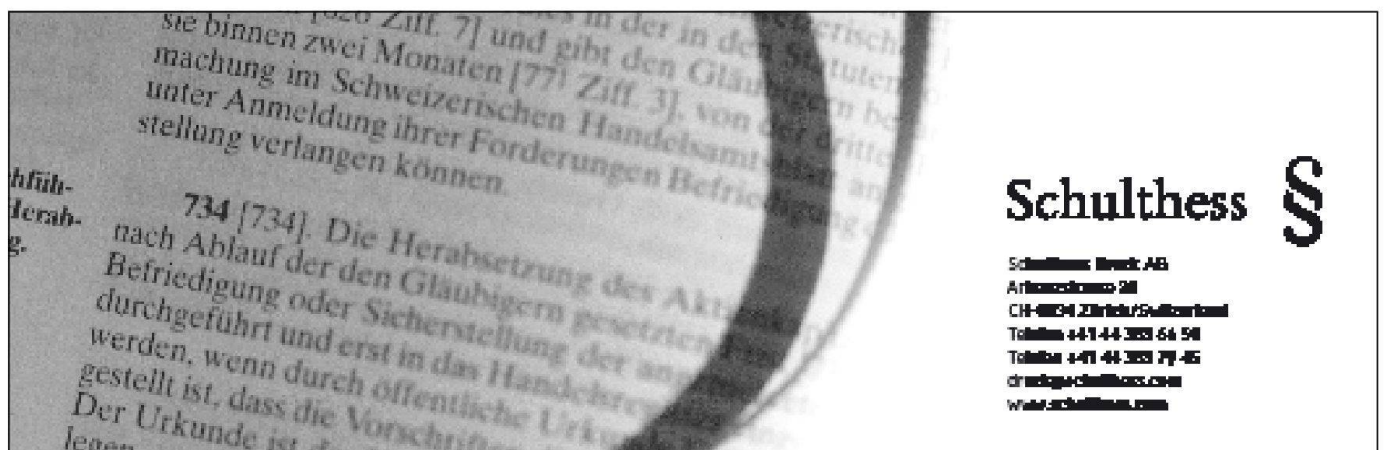
Politik und Demokratie sind nach dem «technologischen Determinismus» reaktiv, passiv-resignativ. Da sie auch limitierend und bremsend sind, werden sie von der Wissenschaft als störend empfunden. An diesem Modell wird mangelnde Demokratieverträglichkeit moniert, also die Verletzung des Anspruches, dass diejenigen, die Entscheidungen und Normen unterworfen sind, ihnen auch zustimmen müssen (Heidrun Abromeit). Ebenso ist dieses Modell dem Vorwurf einer eigentlichen Moralfremdheit ausgesetzt, und dagegen wird die Forderung nach einer eigentlichen «Moralisierung» von Wissenschaft (spolitik) als einem notwendigen gesellschaftlichen Prozess erhoben (Gernot Böhme).

Bei dem Gestaltungsmodell der Wissenschaft durch Politik und Gesellschaft wird die Wissenschaft durch die Politik gesteuert. Dabei stehen vielfältige Instrumente und Gestaltungsperspektiven zur Verfügung: system- oder handlungstheoretische, lokale oder globale, partizipative oder zentrale. Die Herausgeber ergänzen diese um die Forderung nach Demokratiefähigkeit von Wissenschaft

und Technik. Sie deuten damit einen Transformationsprozess an, der den skizzierten Dualismus überwinden und eine grundlegende gesellschaftliche Reflexion vor allem über die wissenschaftlichen Zukunftsvisionen und -konzepte initiieren soll, die potentiell unumkehrbar sind. Die traditionelle Unterscheidung in Grundlagen- und angewandte Forschung wird als illusionär verworfen, und die Technikgestaltung findet pluralistisch und facettenreich auf unterschiedlichen politischen Ebenen statt.

Die Mehrheit der Autoren neigt denn auch dazu, die Wissenschaft nicht einer urwüchsigen Eigendynamik zu überlassen, die es via Mittelzusprache optimal zu fördern gilt. Stattdessen werden alternative «Pfadwahlen» in der Wissenschaft postuliert und der Demokratie – und in der repräsentativen Form Deutschlands vor allem dem Parlament – Entscheidungen darüber zugetraut. Ethikräte oder Gremien zur Technologiefolgenabschätzung bilden Kontrollinstanzen von oben und vermitteln Orientierungswissen. Ergänzend werden Partizipationsformen der Zivil- und Bürgergesellschaft, gewissermassen von unten, gefordert. Die Politik hat mithin allgemein unabhängige, über eng gefasstes Fachwissen hinausgehende Kompetenz, Transparenz und öffentliche Debatte zu schaffen.

Auch die Publikation «Wozu Experten?» bietet einen Überblick über theoretische Ansätze und praktische Forschungsfelder sozialwissenschaftlicher Expertiseforschung. Sie vertieft die sozialwissenschaftliche Reflexion zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Die beiden Extrempositionen der Autonomie



734 [734]. Die Herabsetzung des Aktes nach Ablauf der den Gläubigern gesetzten Befriedigung oder Sicherstellung der Ansprüche durchgeföhrt und erst in das Handelsregister werden, wenn durch öffentliche Urkunden gestellt ist, dass die Vorschriften der Urkunde ist das

Schulthess §

Schulthess Druck AG
 Artencolonna 20
 CH-8024 Zürich/Schulthess
 Telefon +41 44 388 64 50
 Telefax +41 44 388 79 45
 druck@schulthess.com
 www.schulthess.com

lassen sich, idealtypisch und natürlich kontrafaktisch, leicht radikalisieren: hier die allein auf Wahrheitssuche erpichte und von Erkenntnisneugier geleitete Elfenbeinturm-Wissenschaft, die ihre Hände nicht mit Macht und Politik schmutzig machen will und unumgehbare «*Sachgesetzlichkeiten*» (H. Schelsky) generiert, da die auf alleinige Entscheidungskompetenz pochende Politik, also der in politischer Auslese gewählte Führer. Genannt wird für diese Position – der Trennung von Beratung und Entscheidung – richtigerweise Max Weber, doch findet sich das Thema bei Aristoteles über Hobbes bis hin zum Kritischen Rationalismus.

Die Realität liegt zwischen diesen beiden Extrempositionen: zur Expertise gefragt und am Markt führend werden nicht Elfenbeinturmwissenschaftler oder Nobelpreisträger, sondern Wissenschaftsberatungsfirmen. Ausserdem kann und will es sich heutzutage kein Politiker leisten, wirklich autonom und unter expliziter Inanspruchnahme von Verantwortung für die (absehbaren) Folgen seines Handelns zu entscheiden. In dieser Gemengelage von essentiellen Nichtwissen, Unsicherheit und Risikoaversion explodieren Beratungsformen, Infragestellungen von Expertisen durch Gegenexpertisen und vielfältige institutionelle Lösungen, aber auch, wie eigene Erfahrung zeigt, beträchtliche Qualitätsunterschiede, sowohl bei der externen Beratung wie bei der internen politischen Entscheidungsfindung. Die Politikberatung wird daher als Kristallisationspunkt eines sich wandelnden Verhältnisses von Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik eingehend thematisiert.

Neben gesellschaftstheoretischen Zugängen werden empirische und international vergleichende Fallstudien zu aktuellen Umwelt- und Technikkonflikten vorgestellt und im Hinblick auf praktische Perspektiven der Politikberatung diskutiert. Zu nennen sind hier Gentechnik, BSE und Stammzellenforschung (während die Beispiele in Mensch/Schmidt sich auch an klassischen technologischen Fragestellungen, vor allem der Kernenergie, orientieren).

Eine Reihe von Beiträgen ist dem interkulturellen Vergleich der wissenschaftlichen Politikberatung in den USA und Europa gewidmet. Die Interaktionsstruktur in den USA sei stärker von Rationalität und Trennung, aber auch Konkurrenz und Formalisierung der Verfahren geprägt, während Österreich eher zum Überschreiten der Funktionssystemgrenzen, zu Aushandlung und Instrumentalisierung der Wissenschaft neige. In Europa insgesamt seien stärkere Abschottung der Wissenschaft und zunehmende Glaubwürdigkeitsdefizite in der Öffentlichkeit festzustellen.

Vor allem im Beitrag von Helmut Willke wird das Thema «Wissenschaft in der Wissensgesellschaft» systemtheoretisch behandelt. Willke nimmt Abschied von einem Dominanz- und Hierarchiekonzept, in dem Politik die anderen Subsysteme der Gesellschaft autoritativ steuern könne und misst ihr vor allem eine Moderations- und Supervisionsfunktion zu; sie wird zur «*kommunikativen Ordnung der Wissensgesellschaft*». Dies ist das Resultat eines grundlegenden funktionalen Differenzierungsprozesses, der aber unter anderem auch Demokratie in jenem Sinne zur Folge hat, dass niemand

grundsätzlich aus dem kollektiven Willensbildungsprozess ausgeschlossen werden kann.

Im Ergebnis ist die Wissensgesellschaft so stark von wissensabhängigen Operationen durchdrungen, dass Informationsverarbeitung, symbolische Analyse und Expertensysteme gegenüber anderen Faktoren der Reproduktion vorrangig werden. Das bedeutet gerade nicht Expertokratie, sondern Heterotopie und Diversität. Viel wichtiger wird angesichts des Problems verteilter Intelligenz und weit verstreuter Expertise die Frage, wie wir von Experten mit individueller Expertise über die Konstitution von organisationalem Wissen und Plänen zu systemischer Expertise in intelligenten Organisationen gelangen.

Internet, Wikipedia und frei zugängliche Datenbanken führen dazu, dass eine massenmedial geleitete, mit hohen Grundkosten verbundene und in den Händen einiger weniger Grossverleger befindliche Öffentlichkeit zunehmend von einer «networked public sphere» durch- und vielleicht gar einmal ersetzt wird. Sollten sich die im Open-Access-Verfahren von der «Public Library of Science» und von Zeitschriften wie «Nature» begonnene öffentliche Begutachtung von wissenschaftlichen Artikeln vor deren Publikation durchsetzen, wäre auf genial kurzem Wege Entscheidendes für Demokratie und Transparenz in der Wissenschaft gewonnen.

besprochen von DANIEL BRÜHLMMEIER.
Der promovierte Politikwissenschaftler ist Leiter der Abteilung «Koordination der Aussenbeziehungen» der Staatskanzlei des Kantons Zürich.

In Zusammenarbeit mit dem Sicherheitspolitischen Forum Zentralschweiz


europa forum luzern

12. internationale Informationstagung

Öffentlicher Teil (Eintritt frei)
Dienstag, 24. April 2007, 17.30-19.45 h

Symposium (Tagungsgebühr)
Mittwoch, 25. April 2007, 08.45-18.20 h

KKL Luzern



Künftige Sicherheitspolitik in Europa und die Rolle der Schweiz unter Berücksichtigung des Energiesektors

Im Fokus der Tagung steht der Wandel der sicherheitspolitischen Konzepte in Europa und der Schweiz vor dem Hintergrund der absehbaren Bedrohungslage. Renommierte Experten aus dem In- und Ausland beleuchten die Auswirkungen auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und zeigen Lösungsansätze auf.

Referenten: **Samuel Schmid, Bundesrat, Vorsteher VBS**
Robert Cooper | Horst Teltschik | Alyson J. K. Bailes | Erhard Busek | Karin Keller-Sutter | Annemarie Huber-Hotz | Christophe Keckeis u.v.m.

Weitere Informationen und Anmeldung unter: www.europa-forum-luzern.ch

Hauptpartner:
Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Medienpartner:
ASMZ | Neue Luzerner Zeitung
Schweizer Monatshefte

Tagungspartner:
Erdöl-Vereinigung | Gripen International | Oerlikon Contraves | RUAG
Thales Suisse | The German Marshall Fund of the United States